

Für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort Brandenburg – mit CCU/CCS-Technologie und –Infrastruktur zum zukunftssicheren Industrieland

Brandenburg ist ein Industrieland. Über 100.000 Menschen arbeiten in Brandenburger Industrieunternehmen und erwirtschaften einen Jahresumsatz von knapp 30 Milliarden Euro. Auch wenn knapp zwei Drittel aller Industriebetriebe kleine und mittelständische Unternehmen mit maximal 50 Beschäftigten sind, gibt es auch große, international vernetzte Industrieunternehmen. Die Stahlunternehmen in Hennigsdorf, Brandenburg an der Havel und Eisenhüttenstadt, Mercedes-Benz in Ludwigsfelde und Rolls Royce in Dahlewitz, die PCK-Raffinerie in Schwedt mit der benachbarte VERBIO Bioethanolproduktion, das Zementwerk in Rüdersdorf oder auch die chemische Industrie in Schwarzeide sind hierfür prägnante Beispiele. Zudem verdeutlichen Ansiedlungen wie Tesla in Grünheide und Rocktech in Guben, dass Brandenburg als attraktiver Industrie- und Investitionsstandort wahrgenommen wird.

Doch dieser Status ist keine Selbstverständlichkeit und unterliegt erheblichen Herausforderungen. So hat die EU beschlossen, den CO₂-Ausstoß weiter zu verteuern und der Industrie weniger Emissionsrechte einzuräumen. Die Zielstellung, dass die deutsche Industrie bis 2045 treibhausgasneutral sein soll, heißt für Industrieunternehmen vor allem, dass das Thema Dekarbonisierung an Bedeutung gewinnt. CO₂-Abscheidung und -Speicherungstechnologien aber auch die Nutzung von CO₂ sind deshalb wichtige Instrumente zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Nicht nur tragen diese CO₂-Abscheidungs- und Prozesstechnologien zu einer Emissionsvermeidung bei, sondern sie ermöglichen einer klimafreundlichen industriellen Wertschöpfung darüber hinaus, sogar negative Emissionen erzielen zu können.

Es ist daher nur folgerichtig, dass auch die Bundesregierung an einer Carbon Management Strategie arbeitet, welche unter anderem den Verlauf von künftigen CO₂-Pipelinetransportwegen durch verschiedene Bundesländer als politische Entscheidungsoptionen projiziert. Für die westdeutschen Länder laufen schon seit längerem Planungen für Pipelines, um das an den Industriestandorten der Rheinschiene entstehende CO₂ nach der Abscheidung in Richtung Nordsee zu transportieren und dort in alten Erdgasfeldern zu speichern. Auch für den schnellen Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft sind CO₂-Abscheidung und -Speicherung wichtige Optionen, denn mit dem breiten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft kann nicht gewartet werden, bis aus erneuerbaren Energien erzeugter („grüner“) Wasserstoff in ausreichenden Mengen vorhanden ist. Aus Erdgas unter Nutzung von CO₂-Technologie erzeugter („blauer“) Wasserstoff ist daher nicht nur Brückenlösung, sondern auch Technologiebeschleuniger.

Neben den grundlegenden rechtlichen und planerischen Schritten auf Bundesebene braucht auch Brandenburg sehr rasch eine eigene Carbon Management Strategie. Vor allem der Anschluss an eine in den neuen Ländern entlang bestehender Trassen verlaufende CO₂-Pipeline hat dabei Priorität, da sonst erhebliche Standortnachteile und industrieller Abbau drohen.

Deshalb gilt es:

1. die Entwicklung und Förderung einer Carbon-Management-Infrastruktur für Brandenburg zu priorisieren und zur Chefsache zu machen. Insbesondere ist die Umsetzung einer CO₂-Pipeline über den bekannten Bogen ostdeutscher Industriestandorte von Schwedt über Eisenhüttenstadt bis Leuna als Planungsoption zu forcieren.
2. gegenüber dem Bund darauf zu dringen, die inländische und grenzüberschreitende CO₂-Transport- und Speicherinfrastruktur zügig auf den Weg zu bringen. Dafür ist insbesondere ein CO₂-Transportnetz erforderlich, um CO₂-Emittenten mit möglichen Speicherorten im In- und Ausland zu verbinden. Die notwendigen Planungen müssen umgehend begonnen werden und umfassen sowohl kurzfristige Transportmöglichkeiten über Schienen, Häfen und Straßen als auch mittelfristig überregionale Transportoptionen über Pipelinesysteme. Für das Planungs- und Genehmigungsverfahren von CO₂-Leitungen braucht es einen einheitlichen Rechtsrahmen auf nationaler Ebene.
3. unverzüglich einen Strategieprozess zu initiieren, um Bedarfe realistisch zu identifizieren und Einsatzmöglichkeiten und -sektoren zu bewerten. Weiterhin sind die technischen, infrastrukturellen, regulatorischen, ökologischen und finanziellen Anforderungen sowie Lösungsoptionen für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von CO₂ in ausländischen Lagerstätten zu betrachten.
4. als Ergebnis des Strategieprozesses spätestens bis zum ersten Quartal 2024 einen Brandenburger Masterplan für CO₂-Technologien zu erarbeiten, der neben dem Bedarf auch die erforderlichen Pipelinekapazitäten berücksichtigt. Hinsichtlich der Anwendung von CO₂-Technologien in Industrie und Energiewirtschaft in Kooperation mit Unternehmen, Verbänden und der Wissenschaft einen ganzheitlichen Zyklus von CO₂-Anwendungen zu analysieren.
5. regionale CO₂-Technologie-Cluster zu einer wirtschaftlichen Projektplanung von CO₂- und H₂-Infrastruktur zu entwickeln. Insbesondere die Energiestrategie aber auch andere Strategien, Konzepte und Pläne des Landes Brandenburg mit Bezügen zu CO₂-Technologien sind entsprechend zu überarbeiten bzw. mit einem Verweis auf den Masterplan zu ergänzen.